

## **PM: Offener Brief an Ministerpräsident Woidke:**

### **Breites Bündnis fordert neue Logik und mehr Verbindlichkeit im Klimaschutz**

*Potsdam, 9.5.2022.* Diese Woche geht die Expert\*innen-Beteiligung am Klimaplan in die zweite Runde. Zu diesem Anlass haben heute 27 Stakeholder, welche vom Umweltministerium (MLUK) als Expert\*innen in die Erarbeitung des Klimaplan einbezogen werden, einen offenen Brief an Ministerpräsident Woidke veröffentlicht.

Die Expert\*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft fordern die Landesregierung dazu auf, im Klimaplan die Menge an Restemissionen zu benennen, die Brandenburg bis zur Klimaneutralität insgesamt noch ausstoßen wird. Außerdem fordern sie, dass diese Mengen an maximalen Restemissionen in einem Klimaschutzgesetz verankert werden muss. Unterstützt wird das Anliegen von über 70 brandenburger Organisationen des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes, der Verkehrsverbände, der konventionellen wie ökologischen Landwirtschaft, der Forst- und Jagdwirtschaft, der Energiewirtschaft, lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Wissenschaftler\*innen sowie Mitgliedern des Nachhaltigkeitsbeirates Brandenburg.

Aktuell hat die Landesregierung das Ziel gesetzt, dass Brandenburg bis 2045 klimaneutral leben und wirtschaften soll. Dieses Ziel ist den unterschreibenden Expert\*innen jedoch zu kurz gegriffen. Denn für den Klimaschutz ist es nicht wichtig, wie lange in Brandenburg noch Treibhausgase ausgestoßen werden, sondern vor allem wie viele Emissionen bis zum Erreichen der Klimaneutralität noch produziert werden.

"Der Klimaplan bietet die einmalige Chance, das Ziel ‚Klimaneutralität 2045‘ in die damit verbundene Menge an Restemissionen zu übersetzen. Nur mit dieser neuen Logik in der Definition des Klimaziels wird deutlich, dass die Menge an Treibhausgasen, die wir in Brandenburg noch ausstoßen dürfen, deutlich begrenzt ist. Außerdem lässt sich nur anhand der geplanten Restemissionen überprüfen, ob die geplanten Anstrengungen ausreichen, um die Überschreitung des 1,5 Grad Limits zu verhindern.", so **Jana Schelte aus dem Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg.**

**Franziska Sperfeld, Landesvorsitzende BUND Brandenburg** ergänzt: "Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem wegweisenden Urteil am 29. April 2021 keinen Zweifel daran gelassen, dass die Restmenge an ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Emissionen die entscheidende Größe ist, an der der Gesetzgeber seine Entscheidungen zum Klimaschutz ausrichten muss. Mit seinem Urteil vom 1. Februar 2022 hat es außerdem klargestellt, dass die Bundesländer an der Erfüllung der Klimaschutzpflichten mitwirken müssen. Auch die brandenburgische Landesregierung muss sich anteilig an der Reduzierung der Gesamtmenge beteiligen. Die Koordination mit den anderen Bundesländern und dem Bund ist mit einer berechneten Restemissionsmenge am sinnvollsten."

Als weiteren Schritt fordern die Unterzeichnenden ein Klimaschutzgesetz, denn erst ein Gesetz macht die im Klimaplan formulierten Klimaschutzziele rechtlich bindend. Das Gesetz sollte alle Sektoren adressieren und die maximale Menge an Restemissionen für Brandenburg festschreiben.

Neben der Stakeholder-Beteiligung ist nun auch die Online-Beteiligung zum Klimaplan gestartet. Noch bis zum 3. Juni können sich alle Brandenburger\*innen über eine Online-Plattform (<https://klimaplan-brandenburg-mitmachen.de/>) direkt bei der Erarbeitung des Klimaplan einbringen. Die Unterzeichnenden rufen alle Brandenburger\*innen auf, sich an der Erstellung des Klimaplan zu beteiligen und wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen.

**Den offenen Brief gibt es zum Download auf folgenden Webseiten:**

Jugendforum Nachhaltigkeit (JuFoNa): <https://jufona-brandenburg.de/klimaplan/>

BUND Brandenburg: <https://www.bund-brandenburg.de/>

NABU Brandenburg: <https://brandenburg.nabu.de/>

**Bilder** von der Landespressekonferenz und dem Einwurf des Briefes sind ab 11:30 Uhr zur freien Verwendung hier zu finden:

[https://kijubb-my.sharepoint.com/:f/g/personal/jana\\_schelte\\_kijubb\\_de/Esj7zUzlgRBop2nZijyzD4BHW1wfs4bEOOJw47WloXA?e=zFLzrB](https://kijubb-my.sharepoint.com/:f/g/personal/jana_schelte_kijubb_de/Esj7zUzlgRBop2nZijyzD4BHW1wfs4bEOOJw47WloXA?e=zFLzrB)



**Pressekontakte:**

Franziska Sperfeld, BUND Brandenburg, franziska.sperfeld@bund.net // Tel.: 0178 1448239

Jana Schelte, JuFoNa, presse@jufona-brandenburg.de // Tel.: 0178 939 3535

**Hintergrund:**

Der Brief entstand auf Initiative des Brandenburger Klimabündnis und des Jugendforum Nachhaltigkeit (JuFoNa).

Im Klimabündnis Brandenburg organisieren sich Vertreter\*innen der Umwelt- und Naturschutz- sowie Verkehrsverbände und der Klimaaktivist\*innen in Brandenburg, um gemeinsam den Klimaschutz im politischen wie öffentlichen Raum zu vertreten. Dem Bündnis gehören an: BUND, NABU, Fridays For Future, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Verkehrsclub Deutschland Landesverband Brandenburg (VCD) und Extinction Rebellion Potsdam (XR). Unterstützt wird das Bündnis durch Scientists4Future und Parents4Future.

Das Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg (JuFoNa) verfolgt das Ziel, Jugendbeteiligung zu Nachhaltigkeitsthemen auf Landesebene fest und langfristig zu verankern. Seit einem Jahr bringen sich die engagierten jungen Menschen aktiv in den Klimaplan ein und haben im November 2021 in Absprache mit dem zuständigen Ministerium (MLUK) einen Jugendworkshop zum Klimaplan organisiert. Außerdem sind Vertreter\*innen des JuFoNa auch in allen Stakeholder-Workshops vertreten.